

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004774/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Axel Voss (PPE)

Betrifft: Unterzeichnung des Singapur-Übereinkommens über Mediation durch die EU und Beitritt der EU zu dem Übereinkommen

In dem Singapur-Übereinkommen über Mediation, das von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen und am 7. August 2019 zur Unterzeichnung freigegeben wurde, wird ein internationaler Rechtsrahmen für die Anerkennung und Durchsetzung im Mediationsverfahren erzielter Vergleichsvereinbarungen im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Handelsstreitigkeiten festgelegt. Obwohl große Staaten, wie die Vereinigten Staaten und China, sowie benachbarte Staaten das Übereinkommen umgehend unterzeichneten, haben weder die EU noch ihre Mitgliedstaaten dies getan.

Das Übereinkommen wurde von der Arbeitsgruppe II der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht ausgearbeitet, in der die EU und ihre Mitgliedstaaten aktiv mitgearbeitet haben. Europäische Delegationen, einschließlich einer Delegation der Generaldirektion Justiz und Verbraucher, haben entscheidend zu dem normativen Inhalt des Übereinkommens beigetragen.

Trotz dieser Mitarbeit wurde vonseiten der EU keine formelle Initiative ergriffen, das Übereinkommen zu unterzeichnen oder die politische und rechtliche Bewertung einzuleiten, die für eine solche Entscheidung notwendig wäre. Dies ist insbesondere bemerkenswert, da die Kommission wiederholt geäußert hatte, dass sie Mediation unterstütze und dass hinsichtlich der internationalen Durchsetzung von im Mediationsverfahren erzielten Vereinbarungen mehr Rechtssicherheit erforderlich sei.

1. Weshalb wurden im Hinblick auf die Unterzeichnung des Übereinkommens beziehungsweise die für diese Entscheidung notwendige technische Bewertung keine formellen Schritte unternommen?
2. Welche Umstände wurden festgestellt, die die Unterzeichnung verhindern oder verzögern?
3. Welche konkreten nächsten Schritte sind im Hinblick auf eine Unterzeichnung und einen Beitritt der EU geplant?

Eingang: 2.12.2025